

15.12.88

Antrag

der Freien und Hansestadt Hamburg

zum

Gesetz über Maßnahmen zur Entlastung der öffentlichen Haushalte (Haushaltsbe-
gleitgesetz 1989)

Punkt 3 der 596. Sitzung des Bundesrates am 16. Dezember 1988

Der Bundesrat möge beschließen, zu dem Gesetz die Einberufung des Vermitt-
lungsausschusses gem. Art. 77 Abs. 2 GG mit folgendem Ziel zu verlangen:

Zu Artikel 1 (Kraftfahrzeugsteuergesetz)

Artikel 1 Nr. 1 Buchstabe b) wird gestrichen.

Begründung:

Die vorgesehene Regelung würde dazu führen, daß Land-
wirte unter ungleichen Bedingungen in Konkurrenz zu
den gewerblichen Betrieben - wie z.B. den Betrieben
des Landschaftsbaus - treten, wenn sie Pflegemaßnah-
men auf öffentlichen Grünflächen und Straßenreini-
gungsarbeiten im Auftrag von Gemeinden oder Gemeinde-
verbänden durchführen. Gegen eine Beteiligung der
Landwirte an derartigen öffentlichen Aufgaben unter
vergleichbaren Wettbewerbsverhältnissen ist nichts
einzuwenden.

Ausgeliefert am 15. DEZ. 1988